

Antrag 2023/II/Eur/1

Landesvorstand

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Europapolitischer Leitantrag des Landesvorstands

1 Wir leben in einer Welt im Umbruch. Eine Welt, in der neue Machtzentren entstehen und
2 um Einfluss und Deutungshoheit ringen. Uns Europäerinnen und Europäern wird zunehmend
3 deutlich, dass die Umbrüche nicht vor uns Halt machen. Im Gegenteil: Sie fordern die Europäi-
4 sche Union als Demokratie- und Friedensgemeinschaft direkt heraus. Dabei bleibt - auch wenn
5 es schon oft geschrieben oder gesagt wurde - richtig, dass die großen Herausforderungen die-
6 ser Welt im Wandel sich nicht national lösen lassen, sondern die europäische Zusammenarbeit
7 erfordern. Dies gilt im Streben nach Frieden und Sicherheit sowie in der Verteidigungspolitik,
8 beim Klimaschutz und der Transformation unserer Wirtschaft hin zur Nutzung erneuerbarer
9 Energien, beim Erhalt und Ausbau sozialer Rechte und guter Arbeit. Um dem politischen Para-
10 digmenwechsel – auch in Hinblick auf unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik – zu begegnen,
11 braucht es mutige Entscheidungen.

12 Hamburg muss als internationales Handelszentrum seine Rolle in einer multipolaren Welt neu
13 definieren. Als starke Metropole in einem souveränen und modernen Europa geht es für Ham-
14 burg darum, ein Motor einer europäisch eingebetteten Innovations- und Wirtschaftspolitik zu
15 sein, die dazu beiträgt, unsere Sicherheit im umfassenden Sinn zu erhalten und die Grundlage
16 für sozialen Zusammenhalt und künftigen Wohlstand zu schaffen.

17 Dieser Hamburger Leitantrag kann und will nicht alle derzeit wichtigen europapolitischen The-
18 men adressieren, sondern wird sich auf Aspekte fokussieren, die für unsere Stadt von besonde-
19 rer Bedeutung sind.

20 I. Für eine starke Europäische Union

21 In zwei großen Krisen der jüngeren Vergangenheit hat die Europäische Union ihre Handlungs-
22 fähigkeit bewiesen: Nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat die EU schnell umfang-
23 reiche Maßnahmen ergriffen, um die sozioökonomischen Folgen der Pandemie abzufedern. In
24 Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die EU entschlossen gehan-
25 delt und weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt. Die vom russischen Präsiden-
26 ten Putin erhoffte Spaltung Europas angesichts des Krieges ist nicht erfolgt. Vielmehr addieren
27 sich mittlerweile acht Sanktionspakete gegen Russland zu den härtesten Maßnahmen, die die
28 EU je getroffen hat, und zeugen von der Einigkeit in der Ablehnung des Angriffskrieges gegen
29 die Ukraine zwischen den europäischen Institutionen und Mitgliedsstaaten. Wir stehen für die
30 Idee eines demokratischen und solidarischen Europas ein. Dazu gehört insbesondere auch, den
31 Verteidigungskampf der Ukraine für Freiheit, territoriale Integrität und Selbstbestimmung wei-
32 ter zu unterstützen.

33 Ohne die bestehenden Konflikte zwischen EU-Mitgliedsstaaten, langwierige Verfahren der Ent-
34 scheidungsfindung oder den Korruptionsskandal der zurückliegenden Legislaturperiode im Eu-
35 ropaparlament zu übersehen, tritt die SPD Hamburg deshalb für eine starke Europäische Union
36 ein, die soziale Gerechtigkeit und Wohlstand fördert, die Herausforderungen des Klimawan-
37 dels als globale Vorreiterin angeht und unsere Sicherheit durch strategische Zusammenarbeit
38 stärkt. Um die Handlungsfähigkeit der EU auch künftig zu sichern, braucht es effizientere Ent-
39 scheidungsprozesse. Daher setzen wir uns als Sozialdemokratie weiterhin für die Abschaffung
40 des Einstimmigkeitsprinzips ein. Zudem braucht es eine engere Kooperation der Mitgliedsstaa-
41 ten in Fragen der Sicherheit und Verteidigung. In der Asyl- und Migrationspolitik gilt es, zu
42 einer solidarischen Lösung zu kommen, die die Last gleichermaßen zwischen den Mitglied-
43 staaten verteilt, und damit auch für die Kommunen tragbar ist. Die aktuellen Verhandlungen
44 zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, das einerseits eine verpflichtende
45 solidarische Verteilung von Geflüchteten vorsieht, sowie andererseits Abkommen mit Dritt-
46 staaten, damit Menschen ohne Asylgründe auch rückgeführt werden können, begrüßen wir
47 ausdrücklich. Unabhängig von den aktuellen Reformhaben steht für uns fest: Das Sterben auf
48 dem Mittelmeer muss aufhören. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden, illegale Push-
49 backs sind nicht hinnehmbar und die EU muss legale Einreisemöglichkeiten für Geflüchtete
50 ausbauen. Gleichzeitig spricht sich die SPD Hamburg für die Verstärkung der multilateralen
51 Zusammenarbeit der Europäischen Union aus. Elementar sind weiterhin eine koordinierte Kli-
52 maschutzpolitik und ein gemeinsamer EU-Haushalt für wichtige Projekte. Um das Europäische
53 Parlament in seiner Rolle als demokratisches Kontrollorgan zu stärken, braucht es zudem eine
54 Erweiterung der Befugnisse in Haushalts- und Gesetzgebungsfragen und die Einführung von
55 EU-weiten Steuern unter Budgethoheit des Europäischen Parlaments.

56 **II. Wir brauchen eine europäische Hafenspolitik mit der nötigen Infrastruktur**

57 Der Hamburger Hafen ist der größte Hafen der Exportnation Deutschland. Er ist für den Wohl-
58 stand unserer Stadt und die Versorgung der europäischen Binnenmärkte von besonderer Be-
59 deutung. Von Hamburg aus werden die Regale in ganz Europa gefüllt. Die stets emotional ge-
60 führte Diskussion um die Zukunft des Hafens macht deutlich, dass die Hafenspolitik von hoher
61 Bedeutung ist. Bundeskanzler Olaf Scholz hat Recht, wenn er im September 2023 bei der Natio-
62 nalen Maritimen Konferenz *„eine europäische Hafenspolitik zur Sicherung eines fairen Wettbe-*
63 *werbs und höhere Investitionen in die Zukunft der Häfen – von Reedereien, Logistikern und vom*
64 *Staat“* fordert.

65 Die Hamburger SPD fordert die EU-Institutionen auf, eine gemeinsame Strategie für die För-
66 derung der maritimen Wirtschaft zu erarbeiten, die die Bedürfnisse der großen europäischen
67 Häfen – darunter Hamburg – berücksichtigt. Es geht dabei um die Wettbewerbsfähigkeit der
68 europäischen Häfen im globalen Wettbewerb ihre Entwicklung als Knotenpunkte der Energie-
69 wende, wo u.a. Potenziale für die Einfuhr von LNG oder Wasserstoff liegen, und um die Zu-
70 kunft von Ausbildung und Beschäftigung in der Hafenswirtschaft. Eine Strategie der maritimen
71 Industrie muss zugleich berücksichtigen, dass Häfen zur kritischen Infrastruktur gehören, die
72 angesichts der aktuellen Krisen und Konflikte geschützt werden muss. Klar ist: Bei allem Ver-

73 änderungsdruck, der auf den europäischen Häfen lastet, um die Transformation hin zu mehr
74 Klimaschutz, Digitalisierung und Wirtschaftlichkeit zu bewältigen: Nur die Sozialdemokratie
75 garantiert, dass Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte für alle gewahrt bleiben und auch
76 im Hamburger Hafen gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten vorherrschen.

77 Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass europäische Fördermit-
78 tel für die dringend erforderlichen Investitionen genutzt werden, beispielsweise um die eine
79 Digitalisierung von Abläufen voranzubringen und die entsprechenden Netze dafür auszubau-
80 en. Besonderer Fokus muss dabei auf dem Ausbau der Infrastrukturanbindung des Hafens lie-
81 gen. Hamburg ist bereits heute führend beim Weitertransport von Gütern aus dem Hafen per
82 Schiene. Doch auch hier muss die Infrastruktur kontinuierlich ausgebaut, erneuert und moder-
83 nisiert werden. Wir begrüßen das Vorhaben der EU-Kommission, die Verordnung zu transeuro-
84 päischen Verkehrsnetzen (TEN-V) zu überarbeiten und teilen die Ziele eines effektiven, multi-
85 modalen und klimaschonenden Verkehrsnetzes in der gesamten EU. Dies bedeutet aber einen
86 hohen Investitionsbedarf auch in Norddeutschland, da sich in Hamburg drei der neun von der
87 EU-Kommission ausgewiesenen „europäischen Verkehrskorridore“ kreuzen.

88 Im Interesse der europäischen Klimaschutzziele muss insbesondere der Gütertransport auf der
89 Schiene durch Investitionen und Modernisierung gestärkt werden. Von zentraler Bedeutung ist
90 dabei die Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) im Schienengüterverkehr.
91 Diese Möglichkeit der automatischen Verbindung zwischen den Wagen würde einen erheb-
92 lichen Effizienzgewinn des Schienengüterverkehrs bedeuten und die Kapazität entsprechend
93 steigern. Das Ziel der EU-weiten Einführung der DAK ist zwar noch in weiter Ferne, aber Ham-
94 burg wäre ein optimaler Standort für eine Pilotphase, in der EU-Fördermittel sinnvoll investiert
95 wären. Der Hamburger Hafen hätte einen klaren Standortvorteil, wenn die schon heute gute
96 Schienenanbindung weiter verbessert würde.

97 **III. Europäischer und globaler Handel**

98 Handel ist das Lebenselixier der Weltwirtschaft. Weil Produktion überwiegend in globalisier-
99 ten Wertschöpfungsketten stattfindet, müssen Produkte transportiert und gehandelt werden.
100 Die europäische Handelspolitik ist ein Schlüsselinstrument dafür, dass Handel fair und gerecht
101 abläuft – sowohl innerhalb der EU als auch mit unseren außereuropäischen Nachbarn.

102 Die Hamburger SPD steht zu dem Europäischen Lieferkettengesetz und dem darin enthal-
103 tenen Anspruch, überall in Produktions- und Lieferprozessen auf Menschenrechte, Arbeits-
104 schutz, faire Entlohnung und Umweltschutz zu achten. Hamburg ist Deutschlands Fair-Trade-
105 Hauptstadt. Deshalb setzen wir uns für fairen Handel und die konsequente Anwendung des
106 Lieferkettengesetzes ein. Die Hamburger SPD schließt sich der Forderung sozialdemokratischer
107 Abgeordneter im Europaparlament an, dass in der EU der Import und die Vermarktung von Pro-
108 dukten verboten wird, die nachweislich auf Zwangsarbeit in der Produktion beruhen.

109 Wir stehen für regalbasierte internationale Wirtschaftsbeziehungen. Handelsabkommen sind
110 dafür grundsätzlich ein guter Weg, wenn diese die Menschenrechte achten, Arbeitnehmerrech-
111 te verbessern und eine nachhaltige Entwicklung fördern. Die SPD Hamburg begrüßt deshalb,

112 dass die EU-Kommission seit Juni 2022 Nachhaltigkeitsziele in Handelsabkommen verankern
113 will. Dies muss nun auch umgesetzt werden.

114 Wir Sozialdemokrat*innen setzen auf Handelsverträge der EU mit Partnerländern, die Anreize
115 schaffen, Schritt für Schritt die Arbeitsbedingungen in Drittländern zu verbessern. Wir fordern
116 die EU-Institutionen dazu auf, insbesondere die Anerkennung und Umsetzung der acht Kern-
117 arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation in Handelsverträgen zu garantieren.

118 **IV. Ein soziales und demokratisches Europa – gegen Hass, Hetze und Spaltung**

119 Eine der größten Gefahren für die europäische Idee ist das Wachstum rechter und rechtspopu-
120 listischer Parteien fast überall in Europa. Auch in Deutschland hat sich eine rechtspopulistische
121 Bewegung etabliert. Die bevorstehende Europawahl ist eine Richtungsentscheidung: Die SPD
122 ist die starke Kraft gegen Faschismus und Menschenhass. Wir müssen und werden uns mit
123 aller Entschlossenheit dem drohenden Rechtsruck in Europa entgegenstellen. Wir müssen ge-
124 meinsam verhindern, dass die Botschaften der Menschenfeinde in der Mitte der Gesellschaft
125 ankommen. Wir brauchen dafür auch ein entschlossenes Vorgehen gegen Desinformation und
126 Fake News, das sich an die jeweils relevanten technischen Standards anpasst und für alle vielge-
127 nutzten Plattformen gilt. Es braucht mehr denn je Zusammenhalt und es braucht eine Politik,
128 die sich dafür einsetzt. Eine Politik, die den Fokus auf soziale Gerechtigkeit, Bildung und den
129 Schutz der Schwachen legt; die Toleranz und Solidarität stärkt und die das Gemeinsame in den
130 Mittelpunkt stellt – denn nur wenn so wird unsere Europäische Gemeinschaft langfristig Be-
131 stand haben. Eine Politik der klaren Kante gegen Rassismus und Fremdenhass, die aber auch
132 den Dialog mit enttäuschten Wählerinnen und Wählern sucht. Diese Grundüberzeugungen lei-
133 ten die SPD Hamburg in ihrem politischen Wirken in Hamburg und dies erwarten wir auch von
134 allen Sozialdemokrat*innen in den europäischen Institutionen.

135 **V. Europa muss nachhaltig und sozial agieren**

136 Der „Green Deal“ der Europäischen Union ist das zentrale Gesetzgebungsprojekt für mehr
137 Klima- und Umweltschutz in Europa. Er zählt trotz aller Schwächen in Details zu den beson-
138 deren Erfolgen der zu Ende gehenden europäischen Legislaturperiode. Die vielen Verordnun-
139 gen und Programme, die den Energieverbrauch senken und die Erzeugung regenerativer En-
140 ergie ausbauen und beschleunigen sollen, gehen grundsätzlich in die richtige Richtung. Wir
141 setzen uns dafür ein, dass die Energiepolitik stärker europäisiert wird, damit wir die Klimaziele
142 erreichen und unser Kontinent für künftige Krise widerstandsfähiger wird. Bis wir unsere En-
143 ergiebeschaffung vollständig dekarbonisiert haben, wollen wir beim Einkauf fossiler Energie-
144 träger stärker europäisch zusammenarbeiten. Der gemeinsame Gas-Einkauf im Rahmen der
145 EU-Energieplattform ist dafür ein Positivbeispiel und sollte künftig Standard sein. Darüber hin-
146 aus wollen wir unsere Energienetze stärker verzahnen und dafür gemeinsame Standards in der
147 Energiepolitik setzen. Für Hamburg wird zudem zentral sein, dass sich die europäische Wasser-
148 stoff Strategie im Einklang mit der von Hamburg initiierten norddeutschen Wasserstoffstrate-
149 gie umgesetzt wird.

150

151 Für uns Sozialdemokrat*innen besteht aber bei all dem sozialpolitischer Handlungsbedarf. Ein
152 „Green Deal“, der Menschen mit geringeren Einkommen belastet, kann kein Erfolg werden. Da-
153 für braucht es auch auf europäischer Ebene Förderprogramme für Bürger*innen und für Unter-
154 nehmen gleichermaßen. Der Europäische Sozialfonds ist dafür ein gutes Instrument, das mit
155 mehrjährigen Fördermöglichkeiten Aufbauprozesse ermöglicht. Wir müssen Arbeitsplätze si-
156 chern und die Menschen aktiv einbinden in die Veränderungsprozesse, die zum Schutze des
157 Planeten nötig sind. Die EU-Richtlinie zu angemessenen Mindestlöhnen in Europa vom Herbst
158 2022 begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings kennen wir aus der deutschen Diskussion die Not-
159 wendigkeit, angesichts von Inflation und der wirtschaftlichen Entwicklung immer wieder über
160 die angemessene Höhe von Mindestlöhnen diskutieren zu müssen. Wir fordern das Europapar-
161 lament deshalb auf, eine Mindestlohnkommission einzurichten, in der europäische Arbeitge-
162 ber und Arbeitnehmer paritätisch besetzt die Richtlinie evaluieren und eine Empfehlung für
163 angepasste Mindestlöhne abgeben. Um der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu begeg-
164 nen, möchten wir zudem die europäische Jugendgarantie für 15- bis 29-jährige fortsetzen und
165 nationalstaatlich konsequent umsetzen.

166 **VI. Hamburg braucht eine starke sozialdemokratische Stimme in Europa**

167 Hamburgs Selbstbezeichnung als „Tor zur Welt“ macht es deutlich: Die Perspektive unserer
168 Stadt ist international, wir verstehen uns als weltoffene Metropole mitten in Europa. Hamburg
169 ist ein Drehkreuz für Menschen, Waren und Ideen mit vielen europäisch agierenden Unterneh-
170 men, Institutionen und Initiativen. Um unsere europäische Orientierung zu repräsentieren und
171 den spezifischen Interessen eines Stadtstaats mit Europas drittgrößtem Hafen, einer vielfälti-
172 gen und internationalen Bevölkerung, vielen internationalen Unternehmen und Institutionen
173 auch in Europa Gewicht zu verleihen, muss Hamburg auch in der Europäischen Union vertre-
174 ten sein und sich aktiv an EU-Initiativen beteiligen. Deswegen ist es gut, dass in Brüssel das
175 Hanseoffice als permanenter Vernetzungsakteur zwischen Hamburg und den EU-Institutionen
176 agiert. Aufbau und Pflege enger Beziehungen zu anderen europäischen Städten und Regionen
177 sind für Hamburg ebenfalls unerlässlich.

178 Hamburg braucht aber auch eine starke sozialdemokratische Stimme in Europa. In Hamburg
179 stellt die SPD seit 2011 unter Beweis, dass sie als Regierungspartei das Gemeinwesen gestaltet,
180 wichtige Aufgaben wie den Wohnungsbau, die Erweiterung des ÖPNV, die Verbesserung der
181 Bildungsqualität und vieles andere umsetzt und dabei die verschiedenen Interessen der Ham-
182 burgerinnen und Hamburger berücksichtigt und ausgleicht. Nur die SPD hat die ganze Stadt
183 im Blick und macht Politik für alle. Diesem Anspruch werden wir uns auch im Europaparla-
184 ment stellen. Die SPD Hamburg unterstützt daher die/den Hamburger Spitzenkandidat*in zur
185 Europawahl geschlossen und entschlossen. Wir kämpfen am 9. Juni 2024 gemeinsam für ein
186 starkes, vielfältiges und demokratisches Europa!